

Bericht

des

Schweizerischen Bundesgerichts an die Bundesversammlung über seine Geschäftsführung im Jahre 1954

(Vom 8. Februar 1955)

Herr Präsident!

Hochgeehrte Herren!

Wir haben die Ehre, Ihnen gemäss Artikel 21 des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege über die Tätigkeit des Bundesgerichts im Jahre 1954 Bericht zu erstatten.

A. Allgemeines

1. Auf Ende des Berichtsjahres sind die amtsältesten Gerichtsmitglieder, die Herren Bundesrichter Dr. Jakob Strebel und Dr. Georg Leuch, zurückgetreten. Als Nachfolger wählte die Bundesversammlung am 16. Dezember 1954 die Herren Dr. Karl Dannegger, Obergerichtspräsident in Bern, und Dr. Josef Plattner, Obergerichtspräsident in Frauenfeld.

Bei den Ersatzmännern des Bundesgerichts schieden die Herren R. Loretan (Sitten), H. Bachmann (Luzern), Ch. Reymond (Lausanne) und K. Dannegger (Bern) aus. Sie wurden durch die Herren Paul Reichlin, Staatsschreiber in Schwyz, Eugène Hirzel, Advokat in Lausanne, Walter Krell, Oberrichter in Luzern, und Charles Halbeisen, Verwaltungsgerichtspräsident in Bern, ersetzt.

Auf Ende des Berichtsjahres hatte das Bundesgericht die eidgenössischen Untersuchungsrichter und deren Ersatzmänner für die neue Amtsdauer 1955 bis 1960 zu wählen, wobei der zurücktretende Ersatzmann für die deutsche Schweiz, Herr Dr. Paul Dubi, Basel, durch Herrn Dr. Gion Willi, Untersuchungsrichter in Chur, ersetzt wurde.

Für die gleiche Amtsdauer bestellte das Gericht sieben Mitglieder der eidgenössischen Oberschätzungskommission und die Präsidenten der eidgenössischen Schätzungskommissionen der sieben Kreise sowie deren Ersatzmänner (Namenliste s. Bundesblatt 1955, S. 73).

Als Präsident der Untersuchungskommission für Flugunfälle gemäss Artikel 25 Luftfahrtgesetz und Artikel 132 VVo dazu wurde für die neue Amtsdauer 1954–1956 Herr Bundesrichter Arnold bestätigt.

2. Dem Wunsche der Regierungen von Grossbritannien und von Iran sowie des Eidgenössischen Politischen Departementes entsprechend erklärte sich das Bundesgericht bereit, die im Abkommen zwischen Iran und einem internationalen Ölkonsortium dem Präsidenten des Schweizerischen Bundesgerichts zugedachte Funktion zu übernehmen, im Falle einer Streitigkeit bei Ausstand des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Internationalen Gerichtshofes im Haag den Obmann eines Schiedsgerichts oder einen Einzelschiedsrichter zu ernennen.

3. Vernehmlassungen wurden erstattet:

dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement

zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Gesamtarbeitsvertrag,
zur Frage der Zulassung der Verwaltungsgerichtsbeschwerde in den Bundesbeschlüssen über die Kriegswirtschaft,
zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Kriegsvorsorge;

dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement

zu den Revisionsentwürfen betreffend das Urheberrecht,
zur Standesinitiative des Kantons Zürich betreffend Ergänzung des Artikels 277 des Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege (Schwurgerichtsurteile).

Zuhanden des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes nahm das Gericht Stellung zu den bei der Beratung seines Geschäftsberichts für 1953 in der Bundesversammlung seitens der Herren Nationalräte Grendelmeier und Fischer erfolgten Beanstandungen (betreffend Dauer der Urteilsausfertigung und Nennung der Parteienamen in publizierten Urteilen). Bezüglich letzterer Frage ist ein Meinungs austausch mit dem Schweizerischen Anwaltsverbande im Gange.

4. Im ordentlichen Geschäftsbereich des Bundesgerichts ist die für das Jahr 1953 festgestellte Zunahme der Zahl der neu eingegangenen Fälle wieder von einer leichten Abnahme abgelöst worden. Die Gesamtzahl ist von 2232 im Jahre 1953 auf 2085, also um 147 Fälle, zurückgegangen. Die stärkste Abnahme von 72 Fällen – bei den staatsrechtlichen Streitigkeiten – entspricht der letztjährigen Zunahme zufolge einer aussergewöhnlich grossen Gruppe zusammenhängender Enteignungsfälle, so dass beim Staatsrecht richtiger von unverändertem Geschäftsbestand gesprochen werden muss. Deutlich ist die Abnahme bei den verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten (— 47) und bei den Rekursen betreffend Schuldbetreibung und Konkurs (— 41), am schwächsten bei den Berufungen (— 11), während die Strafsachen wieder zugenommen haben (+ 19).

Statistik über die Erledigungen von 1950 bis 1954

Natur der Streitssache	1950			1951			1952			1953			1954			Auf 1955 Übertragen
	Von 1949 Übertragen	Neu eingegangen	Bridigt	Von 1950 Übertragen	Neu eingegangen	Bridigt	Von 1951 Übertragen	Neu eingegangen	Bridigt	Von 1952 Übertragen	Neu eingegangen	Bridigt	Von 1953 Übertragen	Neu eingegangen	Bridigt	
<i>I. Zivilsachen:</i>																
1. Direkte Prozesse	11	10	9	12	9	7	14	8	11	11	12	11	12	11	10	13
2. Berufungen gegen Urteile kantonaler Gerichte	58	460	412	106	470	467	109	434	433	110	439	442	107	428	422	113
3. Nichtigkeitsbeschwerden	2	10	11	1	9	9	1	14	12	3	11	11	3	6	7	2
4. Andere Zivilsachen (Revi- sions-, Erläuterungs- und Moderationsbegehren)	4	14	16	2	16	15	3	7	7	3	12	12	3	20	18	5
<i>II. Strafsachen</i>	66	552	570	48	535	526	57	486	492	51	485	457	79	504	492	91
<i>III. Staatsrechtliche Streit- igkeiten</i>	180	880	838	172	749	735	186	743	731	198	845	823	220	773	774	219
<i>IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten</i>	70	227	234	63	213	193	83	206	187	102	238	226	114	191	222	83
<i>V. a. Beschwerden betr. das Schuldbetriebs- und Konkurswesen</i>	—	194	191	3	176	170	9	175	175	9	189	196	2	148	149	1
<i>b. Eisenbahn-, Hotel-, Gemeinde- und Ban- ken-Sanierungen</i>	—	1	—	1	2	1	2	—	2	—	—	—	—	1	1	—
<i>VI. Freiwilige Gerichtsbar- keit</i>	—	7	7	—	4	4	—	3	3	—	1	1	—	3	2	1
Total	391	2305	2288	408	2183	2127	464	2076	2053	487	2232	2179	540	2085	2097	528

Natur der Streitsache	Gesamtzahl der erledigten Geschäfte	Dauer der Geschäfte							Mittlere Dauer von der Erledigung bis zur Zustellung des Urteils bzw. Beschlusses				
		Bis 1 Monat (= 30 Tage)	1 bis 3 Monate	3 bis 6 Monate	6 Monate bis 1 Jahr	1 bis 2 Jahre	Mehr als 2 Jahre	Grösste Dauer		Mittlere Dauer			
							Jahre	Monate	Monate	Monate	Tage		
I. Zivilsachen:													
1. Direkte Prozesse	10	—	2	1	2	2	3	3	6	10	16	4	32
2. Berufungen	422	104	181	120	17	—	—	—	11	4	2	22	35
3. Nichtigkeitsbeschwerden	7	3	3	1	—	—	—	—	3	9	1	16	17
4. Revisionsbegehren, Erläuterungsbegehren und Moderationsgesuche . . .	18	7	9	1	—	—	—	1	2	—	2	2	17
II. Strafsachen	492	242	110	91	48	1	—	1	5	22	2	7	36
III. Staatsrechtliche Streitigkeiten und Expropriationen	774	266	311	127	59	11	—	1	4	2	2	10	15
IV. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten	222	12	62	93	45	9	1	2	—	20	4	25	29
V. Beschwerden betr. das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen	149	146	3	—	—	—	—	—	—	—	—	6	21
Total	2094	780	681	434	171	24	4	—	—	—	—	—	—

Zahl der Sitzungen im Jahre 1954

Gesamtgericht	1
I. Zivilabteilung	30
II. Zivilabteilung	47
Staatsrechtliche Kammer	44
Verwaltungsrechtliche Kammer	21
Kassationshof	29
Ausserordentlicher Kassationshof	1
Schuldbetreibungs- und Konkurskammer	3
Anklagekammer	2
Bundesstrafgericht	1
	Total 179

I. Zivilrechtspflege

Eine Übersicht über die Zivilsachen, mit denen sich das Bundesgericht im Jahre 1954 zu befassen hatte, gibt folgende Tabelle:

Natur der Streitsache	Von 1953 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1955 übertragen
1. Direkte Prozesse	12	11	23	10	13
2. Berufungen	107	428	535	422	113
3. Nichtigkeitsbeschwerden	3	6	9	7	2
4. Revisions-, Erläuterungs- und Modera- tionsbegehren	3	20	23	18	5
Total	125	465	590	457	133

Von den Berufungen wurden erledigt durch:

Nichteintreten	42
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	79
Gutheissung	53
Abweisung	229
Rückweisung an die Vorinstanz	19
	422

Von den 113 auf 1955 übertragenen Berufungen stammen: eine aus dem Jahre 1952, vier aus dem Jahre 1953; die übrigen sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 60 in den Monaten November und Dezember).

II. Strafrechtspflege

1. Die Anklagekammer hatte sich mit 24 Fällen (Vorjahr 26) zu befassen, wovon einer aus dem Jahre 1953, und zwar mit:

- a. der Aufsicht über zwei Voruntersuchungen, nämlich wegen politischen Nachrichtendienstes, wirtschaftlichen Nachrichtendienstes;
- b. 21 Gerichtsstandsstreitigkeiten, davon 10 unter Behörden zweier oder mehrerer Kantone (Art. 264 BStP); in 11 Fällen wurde der Gerichtsstand auf Begehren einer Partei bestimmt;
- c. 1 Moderationsgesuch.

2. Das Bundesstrafgericht hat den Fall Bonnard und Konsorten in einer fünftägigen Sitzung erledigt. Ein Gesuch um Wiederaufnahme des Verfahrens, eines um Wiedereinsetzung in die bürgerliche Ehrenfähigkeit und eines um Löschung im Strafregister wurden gutgeheissen.

3. Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug 553 (im Vorjahr 487), davon 76 aus dem Jahre 1953.

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	163
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	34
Gutheissung	51
Abweisung	218
	<hr/>
	466

Die auf 1955 übertragenen Beschwerden sind, mit Ausnahme von 3 Fällen, alle im Berichtsjahr eingegangen, 27 davon im Monat Dezember.

Von den insgesamt 466 erledigten Geschäften wurden 307 gemäss Artikel 275 BStP vom Dreierausschuss des Kassationshofes behandelt.

4. Ausserordentlicher Kassationshof. Die Zahl der anhängigen Geschäfte betrug zwei, beide aus dem Vorjahre übernommen. Ein Revisionsgesuch ist abgewiesen und eines auf das Jahr 1955 übertragen worden.

III. Staatsrechtspflege

Die im Jahre 1954 beim Staatsgerichtshof anhängig gewesenen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1953 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1955 übertragen
1. Kompetenzkonflikte (Art. 83 a OG) . . .	2	2	4	1	3
2. Streitigkeiten zwischen Kantonen (Art. 83 b OG)	2	1	3	2	1
3. Streitigkeiten zwischen Vormundschafts- behörden verschiedener Kantone (Art. 83 e OG)	—	2	2	2	—
4. Beschwerden wegen Verletzung verfas- sungsmässiger Rechte der Bürger (Art. 84 a OG)	185	731	916	720	196
5. Beschwerden wegen Verletzung von Staatsverträgen mit dem Ausland (Art. 84 c OG)	6	6	12	6	6
6. Beschwerden betreffend die politische Stimmberechtigung und betreffend kantonale Wahlen und Abstimmungen (Art. 85 a OG)	5	12	17	17	—
7. Einsprachen gegen Auslieferungsbegehren fremder Staaten	—	2	2	1	1
8. Revisions- und Erläuterungsbegehren (Art. 136 ff OG)	1	7	8	8	—
9. Rekurse in Enteignungssachen	19	10	29	17	12
Total	220	773	993	774	219

Es wurden erledigt durch:

Nichteintreten	218
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit.	166
Gutheissung	75
Abweisung	315
	774

239 Fälle wurden durch den gemäss Artikel 92 OG eingesetzten Ausschuss von drei Mitgliedern erledigt, ferner 14 Fälle von der I. Zivilabteilung, 19 Fälle

von der II. Zivilabteilung, 4 Fälle von der verwaltungsrechtlichen Kammer und 41 Fälle vom Kassationshof.

Von den 219 auf 1955 übertragenen Geschäften stammen: eines aus dem Jahre 1934, 4 aus dem Jahre 1945, eines aus dem Jahre 1948, 2 aus dem Jahre 1951, 6 aus dem Jahre 1952 und 21 aus dem Jahre 1953; hievon konnten 22 wegen gleichzeitiger Hängigkeit eines Rechtsmittels bei einer andern Behörde noch nicht behandelt werden. Die übrigen Geschäfte sind im Berichtsjahre eingegangen (davon 103 in den Monaten November und Dezember).

Es wurden 111 Begehren um Erlass provisorischer Verfügungen im Sinne von Artikel 94 OG erledigt.

18 Fälle gaben Anlass zu einem Meinungsaustausch mit dem Bundesrat oder den Departementen über die Kompetenzfrage (Art. 96 OG).

IV. Verwaltungsrechtspflege

Die im Jahre 1954 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten verteilen sich wie folgt:

Natur der Streitsache	Von 1953 übertragen	Neu eingegangen	Total	Erledigt	Auf 1955 übertragen
I. <i>Beschwerden betreffend bundesrechtliche Abgaben</i> (Art. 97 und 98 OG) . . .	55	101	156	118	38
II. <i>Beschwerden gemäss Art. 99 OG:</i>					
1. Registersachen	6	26	32	28	4
2. Zollsachen	6	5	11	11	—
3. Bürgerrecht	1	—	1	1	—
4. Spielbanken	1	—	1	1	—
5. Wasserrecht	2	1	3	2	1
6. Weitere Fälle (Art. 100 OG) . . .	12	16	28	18	10
7. Schutz der Uhrenindustrie . . .	18	26	44	28	16
III. <i>Vermögensrechtliche Ansprüche:</i>					
a. des Bundes oder gegen den Bund (Art. 110 OG)	7	6	13	6	7
b. aus dem Beamtenverhältnis (Art. 110 a OG)	1	4	5	1	4
IV. <i>Anstände über Befreiung von kantonalen Abgaben</i> (Art. 111 a OG) . . .	2	1	3	2	1
V. <i>Disziplinarrechtspflege</i> (Art. 117 ff. OG)	3	5	8	6	2
Total	114	191	305	222	83

Von den 305 anhängig gewesenen verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten sind erledigt worden durch

Nichteintreten	13
Rückzug, Vergleich oder Gegenstandslosigkeit	86
Gutheissung	20
Abweisung	103
	<u>222</u>

Von den 83 übertragenen Geschäften stammen 1 aus dem Jahre 1949, 3 aus dem Jahre 1951, 2 aus dem Jahre 1952, 19 aus dem Jahre 1953 und die übrigen aus dem Berichtsjahre (davon 23 aus den Monaten November und Dezember).

V. Schuldbetreibung und Konkurs

Die Gesamtzahl der hängigen Beschwerden und Rekurse betrug 150 (48 weniger als im Vorjahr). Erledigt wurden 149, so dass ein Fall auf das Jahr 1955 übertragen werden musste.

Die Erledigung erfolgte durch:

Nichteintreten	25
Rückzug oder Gegenstandslosigkeit	1
Gutheissung	27
Abweisung	96
	<u>149</u>

Inspektionen wurden keine vorgenommen.

Die Berichterstattung der kantonalen Aufsichtsbehörden gab nur zu wenigen Bemerkungen Anlass.

Die im Jahr 1953 vom Bundesgericht erlassenen neuen Vorschriften über die Eintragung der Eigentumsvorbehalte erforderten die Aufstellung neuer einheitlicher Formulare für die Anmeldeprotokolle und für das nun schon in mehreren Kantonen eingeführte Kartenregister.

Eine spezielle Weisung erging an die Betreibungs- und Konkursämter hinsichtlich der Verwertung deutscher Auslandsbonds.

Der Aufsichtsbehörde des Kantons Tessin wurde auf Anfrage mitgeteilt,

- a. dass die Gebühr für den Zessionsvermerk im Eigentumsvorbehaltsregister auch dann erhoben werden kann, wenn die Zessionsurkunde dem Amte zugleich mit dem Eigentumsvorbehalt vorgelegt wird;
- b. dass die Eintragung nicht wegen Fehlens einer gehörigen Stempelung des Vertrages verweigert werden darf;
- c. dass den Betreibungsämtern nicht durch das kantonale Finanzdepartement aufgetragen werden darf, von sich aus, wenn ihm ungestempelte Verträge vorgelegt werden, für die Nachstempelung und die Steuerbussen Betreibung einzuleiten. Das Finanzdepartement hat wie jeder andere Gläubiger ein Betreibungsbegehren zu stellen.

Zu der im Jahr 1953 vom Touring-Club der Schweiz aufgeworfenen Frage, ob sich nicht die Arrestierung ausländischer Motorfahrzeuge bei Schadensfällen

im Hinblick auf die dafür bestehende Versicherung gemäss dem Bundesratsbeschluss vom 20. Januar 1953 vermeiden lasse (siehe den letztjährigen Bericht), hatte die Kammer auf Ersuchen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements neuerdings Stellung zu nehmen. Die Arrestierung solcher Fahrzeuge lässt sich nach geltendem Recht nicht von vornherein ausschliessen. Ob eine ausreichende Pfandsicherheit im Sinne von Artikel 60 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag bestehe, kann in einem Arrestaufhebungsprozesse nach Artikel 279 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes abgeklärt werden. Das direkte Forderungsrecht gegen den Versicherer gemäss Artikel 49 des Gesetzes über den Verkehr mit Motorfahrzeugen bzw. Artikel 10 des erwähnten Bundesratsbeschlusses konkurriert mit der Forderung gegen den Schädiger und schliesst die Klage gegen diesen, allenfalls auf Grund eines Arrestes, nicht aus. Eine andere Rechtslage könnte nur durch Gesetzesrevision herbeigeführt werden.

Weitere Bescheide an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement betrafen

- a. die Kleine Anfrage Allemann über die Notwendigkeit einer Revision des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes oder die Schaffung einer einheitlichen Verordnung zum geltenden Gesetz;
- b. die Motion Oldani/Schütz, die eine Gleichstellung der verschiedenen Arten von Dienstpflichtigen hinsichtlich des zeitlichen Umfanges des Konkursprivilegs für Lohnforderungen anstrebt, mit Bemessung der zu berücksichtigenden Zeitspanne auf ein ganzes Jahr vor der Konkurseröffnung.

Gemeindesanieerung

Auf Gesuch einer Gemeinde ist im Berichtsjahre eine Gläubigerversammlung einberufen worden, deren Beschlüsse von der II. Zivilabteilung des Bundesgerichts genehmigt wurden.

VI. Eidgenössische Schätzungskommissionen

Den Jahresberichten der Präsidenten für 1954 entnehmen wir folgende Angaben:

- Kreis I: Von 15 Geschäften (militärische Anlagen 1, PTT 1, SBB 8, Kraftwerke 3, Elektrizitätswerke 2) wurden 12 erledigt.
- Kreis II: Von 15 Geschäften (SBB 1, Privatbahnen 2, Kraftwerke 10, Strassenbauten 2) wurden 12 erledigt.
- Kreis III: Von 4 Geschäften (PTT 1, SBB 3) wurde 1 erledigt.
- Kreis IV: Von 10 Geschäften (militärische Anlagen 2, SBB 2, Kraftwerke 2, Elektrizitätswerke 1, Flugplätze 1, Strassenbauten 2) wurden 4 erledigt.
- Kreis V: Von 5 Geschäften (militärische Anlagen 1, Strassenbauten 4) wurden 3 erledigt.

Kreis VI: Von 9 Geschäften (militärische Anlagen 2, SBB 1, Privatbahnen 1, Kraftwerke 1, Elektrizitätswerke 2, Strassenbauten 1, Schiessplätze 1) wurden 4 erledigt.

Kreis VII: Von 25 Geschäften (militärische Anlagen 1, SBB 6, Kraftwerke 17, Schiessplätze 1) wurden 19 erledigt.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Lausanne, den 8. Februar 1955.

Im Namen des Schweizerischen Bundesgerichts,

Der Präsident:

Petitmermet

Der Gerichtsschreiber:

Heiz
